



Brüssel, den 17. März 2025
(OR. en)

7161/25

COH 19

VERMERK

Absender: Vorsitz

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Eine dynamischere und strategischere Kohäsionspolitik: jetzt und in
Zukunft Veränderungen bewirken
– *Gedankenaustausch*

Die für die Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister werden ersucht, auf der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) am kommenden 28. März, die der Kohäsionspolitik gewidmet ist, auf der Grundlage des in der Anlage wiedergegebenen Papiers des Vorsitzes über das Thema „Eine dynamischere und strategischere Kohäsionspolitik: jetzt und in Zukunft Veränderungen bewirken“ zu beraten.

Hintergrundpapier

für die der Kohäsionspolitik gewidmete Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten)

**„Eine dynamischere und strategischere Kohäsionspolitik: jetzt und in Zukunft
Veränderungen bewirken“**

In den letzten Monaten wurden immer intensivere Beratungen über die mögliche künftige Ausgestaltung des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) und der Kohäsionspolitik innerhalb des MFR geführt. An den Beratungen nahmen alle einschlägigen Interessenträger teil, die die Europäische Kommission, die Mitgliedstaaten, die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, andere EU-Organe sowie akademische und nichtstaatliche Organisationen vertreten.¹ Die wichtigsten Schlussfolgerungen aus den bisherigen Beratungen zeigen, dass der Ansatz „Business as usual“ im nächsten MFR keine Option ist. In Bezug auf detailliertere Lösungen gibt es jedoch eine Vielzahl möglicher Ansätze, sodass praktische Lösungen erörtert werden müssen und ein Konsens darüber erzielt werden muss.

¹ Unter anderem: Schlussfolgerungen des Rates zur Kohäsionspolitik, Gemeinsame Erklärung der für Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister, die von elf Mitgliedstaaten (BG, CZ, EE, HR, HU, LT, LV, RO, SK, SI, PL) unterzeichnet und im Mai 2024 in Prag angenommen wurde, Bericht der Hochrangigen Gruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik, 9. Kohäsionsbericht und Schlussfolgerungen des Rates, die im Juni 2024 angenommen wurden, Letta-Bericht „Weit mehr als ein Markt“ und Schlussfolgerungen des Rates zur Zukunft der Kohäsionspolitik.

Die Europäische Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen für die wichtigsten Ziele und Prioritäten der EU für die kommenden Jahre unterbreitet.² Dazu gehört, dass entschlossene Maßnahmen ergriffen werden müssen, um nachhaltigen Wohlstand, Wettbewerbsfähigkeit, Demokratie, Sicherheit, Verteidigung und Resilienz zu gewährleisten und gleichzeitig die Werte der EU zu schützen. Die Wettbewerbsfähigkeit wurde als eines der wichtigsten Ziele der EU genannt, wobei betont wurde, dass sie oberstes Motto und zentraler Kern des Auftrags der Europäischen Kommission sein wird. Eine der Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit Europas sind die Menschen, weshalb die Förderung von Kompetenzen und hochwertigen Arbeitsplätzen von wesentlicher Bedeutung ist. Darüber hinaus hat auch die europäische Verteidigung vor dem Hintergrund der sich wandelnden geopolitischen Lage an Bedeutung gewonnen, wie der Europäische Rat kürzlich bestätigt hat³. Die Kommission hat mögliche Maßnahmen aufgezeigt, um den Verwaltungsaufwand zu vereinfachen und zu verringern, die Geschwindigkeit und Flexibilität bei der Umsetzung politischer Maßnahmen zu fördern und politische Maßnahmen auf EU- und nationaler Ebene besser zu koordinieren. Der EU-Rechtsrahmen muss überarbeitet und angepasst werden, um den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen besser gerecht zu werden und EU-Mittel fristgerecht und wirksam einzusetzen.

² Europäische Kommission, 2025, *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein Kompass für eine wettbewerbsfähige EU*, COM(2025) 30 final; *Arbeitsprogramm der Kommission 2025 – Gemeinsam voran: Eine mutigere, unkompliziertere und schnellere Union*, COM(2025) 45 final; Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, *Ein einfacheres und schnelleres Europa: Mitteilung über die Umsetzung und Vereinfachung*, COM(2025) 47 final; Schreiben der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, 4. März 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_684; *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Die Union der Kompetenzen*, COM(2025) 90 final.

³ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur europäischen Verteidigung, 6. März 2025.

In der im Februar 2025 veröffentlichten Mitteilung „Der Weg zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen“⁴ wird darauf hingewiesen, dass im künftigen EU-Haushalt der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen, bei denen eine Finanzierung auf europäischer Ebene den größten Mehrwert zeitigt, Vorrang eingeräumt werden sollte. Darin wird Folgendes sehr deutlich betont: „***Die Umsetzung der Prioritäten der EU muss zusammen mit den Mitgliedstaaten und ihren Regionen erfolgen, die viele der EU-Investitionen vor Ort gestalten, und der EU-Haushalt unterstützt und schafft Anreize für ihr Handeln***“. Als Lösung zur Steigerung der Effizienz und der Geschwindigkeit bei der Umsetzung wird eine entschlossene Umsetzung eines leistungsbasierten Ansatzes hervorgehoben.

Ferner schlägt die Europäische Kommission in demselben Dokument einen neuen Ansatz für einen modernisierten EU-Haushalt vor, in dessen Mittelpunkt unter anderem ein „**Plan mit wichtigen Reformen und Investitionen für jedes Land und mit Schwerpunkt auf unseren gemeinsamen Prioritäten, einschließlich der Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts**“, stehen sollte. Die Kommission wies darauf hin, dass eine „*gestärkte Kohäsions- und Wachstumspolitik mit Schwerpunkt auf den Regionen [...] in Partnerschaft mit nationalen, regionalen und lokalen Gebietskörperschaften konzipiert und umgesetzt werden [muss]*“, aber wie dies in der Praxis geschehen könnte, bedarf weiterer Erläuterungen.

Nach Ansicht der Kommission könnte die Idee eines solchen Plans Möglichkeiten bieten, die Koordinierung zwischen der Politik auf EU- und auf nationaler Ebene zu verbessern, Synergien zwischen ihnen zu gewährleisten und den Strukturwandel (in den Mitgliedstaaten und Regionen) zu fördern, sofern dieser Plan mit einer Vereinheitlichung und Vereinfachung der Umsetzungsvorschriften verbunden ist. Es mangelt jedoch an Klarheit in Bezug auf die vorgeschlagene Aufnahme von Reformen und Investitionen in die Länderpläne, insbesondere im Zusammenhang mit den aus der Umsetzung der Reformen im Rahmen der Aufbau- und Resilienzpläne gezogenen Lehren, und es bestehen Herausforderungen bei der Festlegung einer angemessenen Rolle der Regionen in diesem Modell. Darüber hinaus sind die möglichen Auswirkungen dieses neuen Ansatzes auf die regionalen Unterschiede innerhalb eines Landes und die Rolle der regionalen und lokalen Behörden ebenfalls unklar und können Bedenken hinsichtlich der Durchsetzung einer Pauschallösung aufwerfen. Daher müssen die Mitgliedstaaten über die Frage reflektieren und beraten, wie die Kohäsionspolitik in der finanziellen Vorausschau für den Zeitraum nach 2027 umgesetzt werden sollte, insbesondere unter Berücksichtigung der Vorschläge der Kommission in Bezug auf die Prioritäten der EU, der Art der Umsetzung und der Stellung der Kohäsionspolitik in diesen Vorschlägen.

⁴ *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Der Weg zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen, COM(2025) 46 final.*

Angesichts der intensiveren Überlegungen darüber, wie die Maßnahmen und Strategien mit den von der Kommission vorgeschlagenen neuen Prioritäten der EU in Einklang gebracht werden können, **erscheint es angemessen, die Kohäsionspolitik bereits im derzeitigen MFR während der laufenden Halbzeitüberprüfung der kohäsionspolitischen Programme zu modernisieren.** Die Anpassung der derzeitigen Kohäsionspolitik an die gemeinsamen Herausforderungen würde die Anstrengungen aller einschlägigen Interessenträger auf EU-, nationaler und regionaler Ebene erfordern, um die Umsetzung der Kohäsionspolitik und die Erzielung von Ergebnissen im Rahmen der Kohäsionspolitik neu auszurichten und zu beschleunigen.

In diesem Zusammenhang hat die Kommission darauf hingewiesen, dass die **laufende Halbzeitüberprüfung der kohäsionspolitischen Programme** eine gute Gelegenheit bieten könnte, die Kohäsionspolitik auf neu entstehende Bedürfnisse und Prioritäten der EU abzustimmen, vor allem im Hinblick auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Resilienz, die Erhöhung der Sicherheit und die Vereinfachung von Verfahren. Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass Fortschritte bei wichtigen EU-Initiativen wie dem Zugang zu erschwinglichem und nachhaltigem Wohnraum oder der Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten in der EU erzielt werden müssen.⁵ Die laufende Halbzeitüberprüfung der Kohäsionspolitik könnte auch als Gelegenheit genutzt werden, Überlegungen über zusätzliche Mittel, Möglichkeiten und Anreize für Verteidigungszwecke⁶ anzustellen, worunter nicht nur Infrastruktur mit doppeltem Verwendungszweck, sondern auch vollwertige militärische Zwecke fallen. Daher **muss darüber nachgedacht werden, wie das Kohäsionsziel verfolgt und gleichzeitig zentrale Herausforderungen wie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, der Resilienz, der Sicherheit und der Verteidigung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene kurz- und langfristig angegangen werden können.**

⁵ Unter anderem: Ansprache des Exekutiv-Vizepräsidenten Raffaele Fitto auf der Konferenz „The European Way of Growth: A Growth Policy for a Secure, Resilient and Globally Competitive Europe“ (Der europäische Wachstumspfad: eine Wachstums politik für ein sicheres, resilientes und global wettbewerbsfähiges Europa), Ansprache des Exekutiv-Vizepräsidenten Raffaele Fitto über die Zukunft der Kohäsionspolitik im Ausschuss des Europäischen Parlaments für regionale Entwicklung (REGI), Europäische Kommission, 2025, Schreiben der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, 4. März 2025, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_684.

⁶ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur europäischen Verteidigung, 6. März 2025.

Im Rahmen der Beratungen auf der formellen Tagung der für Kohäsionspolitik zuständigen Ministerinnen und Minister sollen Möglichkeiten zur Stärkung der Kohäsionspolitik ausgelotet werden. Es besteht kein Zweifel daran, dass die künftige Kohäsionspolitik weiterentwickelt und enger auf die gemeinsamen Prioritäten der EU abgestimmt werden sollte. Gleichzeitig muss jedoch ihr Hauptziel – nämlich die Verwirklichung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts – gewahrt und weiter gestärkt werden.

Um Orientierung für die Aussprache auf der Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten/Kohäsion) zu bieten, ersucht der polnische Vorsitz die Ministerinnen und Minister, sich zu den nachstehenden Fragen zu äußern. Diese Fragen werden in einem einzigen Rundtischgespräch behandelt. Die Redezeit sollte vier Minuten nicht überschreiten.

1. Wie sollten die in den Verträgen verankerten Ziele der Kohäsionspolitik verwirklicht und die Multi-Level-Governance in der neuen Architektur der EU-Politik nach 2027 gefördert werden? Wie sollte sie innerhalb des vorgeschlagenen Plans für jedes Land, einschließlich Reformen und Investitionen auf nationaler und subnationaler Ebene, programmiert werden?
2. Wie sollte die Kohäsionspolitik unter Berücksichtigung des Ansatzes der Kommission und der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in der derzeitigen finanziellen Vorausschau angepasst werden, um wirksam auf neu entstehende Prioritäten und Bedürfnisse zu reagieren?